

risierung des Linkssozialismus in der Ära Adenauer (durch Gregor Kritisidis), die Betrachtung des Linkssozialismus als Tradition und Herausforderung (durch Wladislaw Hedeler) und sein Sichtbarmachen in der Europäischen Linkspartei (durch Sascha Wagener).

Zusammengefasst spiegeln die Aufsätze auf vielfältige Weise wider, dass gerade der Linkssozialismus für das von der Linken angestrebte plurale Erbe wegweisend sein kann, da er ein relativ breites Meinungsspektrum repräsentiert, sich von einem undogmatischen Marxismusverständnis leiten lässt, die zentrale Bedeutung von Demokratie im sozialen Konzept betont, einen Ansatz sucht, um Reform und Revolution zu verbinden, politischen Avantgardismus ablehnt und nicht in erster Linie eine Frage der Organisation ist, sondern sich vor allem als Aufklärungsbewegung versteht. Aus meiner Sicht vermittelt die besprochene Publikation bemerkenswerte Impulse für weitere Forschungen zu linkem Erbe und seiner Traditionsproblematik.

Rainer Holze

Europäisierung und Internationalisierung der Gewerkschaftsforschung

Wolfgang Platzer/Torsten Müller (unter Mitarbeit von Stefan Rüb/Thomas R. Oettgen/Matthias Helmer): Die globalen und europäischen Gewerkschaftsverbände. Handbuch und Analysen zur transnationalen Gewerkschaftspolitik, 2. Bde., Berlin: Edition Sigma 2009, 889 S., 49,90 €.

Über die Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse nationaler Gewerkschaften und ihre bilateralen Kontakte hinaus stellen die transnationalen Kooperationsformen auf europäischer und internationaler Ebene ein noch junges, aber zunehmend wichtiger werdendes Feld gewerkschaftlicher Aktivität dar, dem sich mittlerweile auch die wissenschaftliche Forschung zugewendet hat. Namentlich der Internationale Gewerkschaftsbund und der Europäische Gewerkschaftsbund haben in diesem Kontext – auch seitens der Historiografie – bereits größere Aufmerksamkeit erfahren, ohne dass diese Dachorganisationen hinsichtlich ihrer Binnenstrukturen und Willensbildungsprozesse bereits als grundlegend erschlossen gelten können. Stärker als bei Parteien oder sozialen Bewegungen gilt es bei Gewerkschaften aber auch in sektoraler Hinsicht zu differenzieren. Infolgedessen sind sowohl die spezifischen Forderungen und inhaltlichen Positionen der Einzel- bzw. Branchengewerkschaften als auch ihre Strukturen und Kooperationsformen stärker in den Blick zu nehmen, um letztlich Aufschluss zu erhalten, inwieweit die gewerkschaftlichen Anpassungsprozesse von sektorspezifischen Unterschieden geprägt sind. Diesem lange Zeit sträflich vernachlässigten Problemkomplex ist ein Forscherteam um Hans-Wolfgang Platzer und Torsten Müller im Rahmen eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projektes an der Hochschule Fulda nachgegangen, dessen Ergebnisse nunmehr in einem umfangreichen, zweibändigen Handbuch mit knapp 900 Seiten vorliegen.

Die Publikation verfolgt dabei die doppelte Zielsetzung, gleichermaßen als Nachschlagewerk und als Problemanalyse zu fungieren, um so ein „umfassendes Bild der Entwicklung, Organisation und Politik der globalen und europäischen Gewerkschaftsverbände“ (bisweilen auch als Föderationen bezeichnet) zu präsentieren. Zu diesem Zweck ist der Band in drei

Hauptabschnitte gegliedert. Teil A beleuchtet den Rahmen, Zugang und die historischen Entwicklungslinien transnationaler Gewerkschaftsarbeit. Gezeigt wird in diesem Zusammenhang, dass die Anfänge sektorspezifischer transnationaler Gewerkschaftsarbeit weit in die Geschichte zurückreichen und ihre Wurzeln vor allem in den Internationalen Berufssekretariaten liegen, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gründeten. Der seit dem Ersten Weltkrieg die internationale Gewerkschaftsbewegung durchziehende Richtungsstreit prägte auch jahrzehntelang die Arbeit der Internationalen Berufssekretariate, die aber unabhängig vom IBFG agierten. In ihren Strukturen, ihrer Ausrichtung und ihren Zielsetzungen unterschieden sich die zeitweilig bis zu 23 Berufssekretariate beträchtlich – nicht zuletzt in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der jeweiligen Branche. In ihren Aktivitäten konzentrierten sie sich, vor allem seit den 1970er Jahren, auf die Kontakte mit transnational agierenden Konzernen, mit denen – zum Teil nach konfliktträchtigen Auseinandersetzungen – Vereinbarungen abgeschlossen wurden. Im Rahmen eines primär funktional ausgerichteten Analyserasters werden von den Autoren in der Folge übergeordnete Modelle aufgezeigt, mit deren Hilfe die weiteren Ausführungen strukturiert werden. Unterschieden wird dabei zwischen dem Konzept des „Governance by Government“, bei dem die Notwendigkeit supranationaler Regulierung betont wird, dem Ansatz des „Governance with Government“, der Formen einer institutionalisierten Mitwirkung der Gewerkschaften unterstellt, und dem Konzept „Governance without Government“, das die Potenziale autonomer Regulierung der Akteure der Arbeitsbeziehungen vorsieht.

Teil B der Publikation widmet sich den Veränderungen seit den 1990er Jahren und unterscheidet hierbei zwischen den einzelnen „Global Union Federations“ (B1) und den „European Industry Federations“ (B2), deren systematische Darstellung das Gros der beiden Bände ausmacht. Mit Blick auf die insgesamt zwölf dargestellten Europäischen Gewerkschaftsverbände fallen den Autoren erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Grads der Europäisierung und Transnationalisierung auf. Insgesamt wird aber – vor allem im Gegensatz zu den Anfangsjahren europäischer Integration – ein beträchtliches Maß an Ausdifferenzierung der innerverbandlichen Willensbildungsstrukturen und an Verdichtung der transnationalen Kooperation festgestellt. Mit der Zusammenarbeit in gewerkschaftlichen Fachvertretungen und Verbänden hat sich somit ein einflussreicher Strukturrahmen herausgebildet, der zwar zu Teilen auch im EGB repräsentiert ist, zugleich aber seine eigene Kommunikations- und Abstimmungsprozesse entwickelt hat. Als maßgeblich für den Bedeutungszuwachs werden dabei insbesondere die Handlungsfelder Tarifpolitik und soziale Dialoge identifiziert, da die hier geführten Verhandlungen und abgestimmten Interessen in zunehmendem Maße zu verbindlicheren Entscheidungen führen, wenngleich eine Rückkoppelung an die nationalen Mitgliedsverbände und deren Durchsetzungspotenzial im nationalen Kontext weiterhin konstitutiv blieb.

Teil C der Publikation wertet die umfassende empirische Basis der vorangegangenen Kapitel mit den „Profilen“ der internationalen und europäischen Gewerkschaftsverbände aus. Die Autoren kommen dabei u. a. zu dem Schluss, dass den „Europäisierungserfolgen“ der Europäischen Gewerkschaftsverbände „Transnationalisierungsdefizite“ gegenüberstehen, die sich nicht zuletzt in mangelnden Ressourcen – keiner der Europäischen Gewerk-

schaftsverbände beschäftigt mehr als 20 Mitarbeiter in Brüssel – sowie einer Diskrepanz zwischen politischem Anspruch und gewerkschaftlicher Praxis widerspiegeln. Dem Band von Platzer und Müller gebührt indes das Verdienst, weitaus differenzierte und empirisch breiter abgesicherte Ergebnisse, als sie hier in groben Zügen skizziert werden, zu präsentieren. Besaß man bis jetzt über die sehr heterogen strukturierten Gewerkschaftsverbände – sieht man einmal von der Ausnahme des Internationalen Bergarbeiterverbands und des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes ab – kaum Kenntnisse, so liegen der Forschung nunmehr Verbandsprofile vor, die über Strukturen und Positionen grundlegenden Aufschluss geben. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass es den Autoren als Sozialwissenschaftlern weniger um längerfristige historische Entwicklungsprozesse als vielmehr um aktuelle Strukturen ging; mithin stellt der Band auch keine historische Studie, gleichwohl aber ein für die künftige Forschung unverzichtbares Kompendium über ein bislang weitgehend unbeachtetes Themenfeld dar. Aufgabe künftiger Forschung muss es vor diesem Hintergrund sein, die unterschiedlichen Kooperationsformen, Strukturen und Leitbilder der Gewerkschaftsverbände in historischer Genese noch stärker herauszuarbeiten und dabei nicht zuletzt Formierungs-, Fusions- und Ausdifferenzierungsprozesse ins Blickfeld zu rücken.

Jürgen Mittag

Wege und Abwege des Konzepts des Europas der Bürger

Jürgen Nielsen-Sikora: Europa der Bürger? Anspruch und Wirklichkeit der europäischen Einigung – eine Spurensuche (Studien zur Geschichte der europäischen Integration, Bd. 4), Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2009, 449 S., 52 €.

Der europäische Integrationsprozess gilt bis heute primär als Projekt der europäischen (Wirtschafts-)Eliten unter geringer Anteilnahme der breiten Bevölkerung. Nachdem der große Wurf einer umfassenden politischen Integration mit den begrenzten Kompetenzen des Europarats und der Nicht-Ratifizierung der Politischen Gemeinschaft 1954 gescheitert war, vollzog sich die europäische Einigung primär auf wirtschaftlichem Gebiet. Von der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl über die Schaffung der Zollunion und des Binnenmarktes bis hin zur Wirtschafts- und Währungsunion stand der Abbau von Handelshemmnissen und die Marktregulierung im Vordergrund. Lange Zeit interessierten sich infolgedessen vor allem Wirtschaftsvertreter und Landwirte für die Aktivitäten der Gemeinschaft. Daher stieß auch die Integration „von oben“ auf geringen Widerhall in der breiten Bevölkerung. Umfragen zufolge bestand stets eine breite Kluft zwischen den Eliten aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik und der breiten Bevölkerung. Zur Relativierung dieser Beobachtung wurde lange Jahre die Erklärung des permissiven Konsenses bemüht, die betonte, dass bei der Bevölkerung eine diffuse Akzeptanz für die europäische Integration vorherrsche. Diese Interpretation funktionierte indes nur so lange, wie die Integration ohne Kosten und vor allem ohne öffentliche Aufmerksamkeit blieb. Dies war bis in die frühen 1990er Jahre noch der Fall, änderte sich aber schlagartig mit der öffentlichen